

## 20 Jahre Wiedervereinigung Deutschlands — Rückblick und Bilanz

Wolfgang THIERSE\*

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Studentinnen und Studenten,

in diesem Jahr feierte die Bundesrepublik zwei wichtige historische Ereignisse – den 20. Jahrestag der deutschen Einheit am 3. Oktober und den 20. Jahrestag der ersten gesamtdeutschen Wahl zum Deutschen Bundestag am 2. Dezember (1990). Diese Bundestagswahl fand schon ein Jahr nach dem Fall der Mauer statt – und war Ausdruck dafür, dass die Geschicke der Bundesrepublik endlich auch von den Ostdeutschen mitbestimmt und mitgestaltet werden.

Zwanzig Jahre ist das her – der Zeitraum einer Generation! Die Gefühle der Freude und großen Dankbarkeit, die ich 1990 – wie Millionen andere auch – empfunden habe, sind bis heute nicht gänzlich verblasst. Der 3. Oktober 1990, der Tag der Vereinigung, war kein himmlisches Geschenk, sondern das hart errungene Ergebnis einer friedlichen Revolution – der ersten ihrer Art in der Geschichte unseres Volkes. Es gab schon zuvor einige Revolutionen in Deutschland, aber eben keine, die unblutig verlief und zugleich erfolgreich war – und die in ganz Europa mit Sympathie begleitet wurde. Ein historisches Wunder war sie also auch.

Im Spätsommer und Herbst 1989 hatten die Ostdeutschen auf wöchentlich wachsenden Demonstrationen in Leipzig und anderen Städten ihre Angst verloren – die Angst, die die halbe Macht der Diktatur ist – und zugleich ihre Sprache, ihren Mut wiedergefunden: „Wir sind das Volk!“ riefen die Demonstranten und dieser Ruf war Ausdruck eines neu erwachenden Selbstbewusstseins.

Der zivilgesellschaftliche Aufbruch von 1989 hatte tapfere Wegbereiter in der DDR selbst: die Bürgerrechtler und Oppositionsgruppen, deren Mut und Intelligenz umso größer und respektabler waren, als ihre Zahl zunächst sehr klein war. Frieden, Bewahrung der Umwelt, Demokratie, Menschenrechte, Grundfreiheiten – das waren ihre Themen, ihre Ziele, ihre Werte.

---

\* Vice President of Bundestag in Germany.

Die Bürgerrechtler traten zunächst für eine Reformierung der DDR ein und mussten Zersetzungmaßnahmen durch den Geheimdienst sowie Haft und Ausbürgerung in Kauf nehmen. Sie organisierten sich schon früh unter dem schützenden Dach der christlichen Kirchen. Aus ihrem Kreis kamen 1989 die Gründer neuer Initiativen und Parteien.

Zivilcourage verjährt nicht! Den mutigen Frauen und Männern aus Bürgerrechts- und Kirchenkreisen, aus der Friedens- und Frauenbewegung in der DDR gebührt noch heute Respekt. Sie haben die Verdorbenheit der Diktatur anschaulich gemacht und mit ihrem Vorbild viele Menschen zum Nachdenken und Umdenken angeregt.

Meine Damen und Herren,

dass die friedliche Revolution in der DDR erfolgreich war, Freiheit und Einheit möglich wurden, das war nicht zwingend, nicht „gesetzmäßig“, nicht logisch, nicht unvermeidlich. Es bedurfte einer Reihe historischer Vorläufer und des Zusammenwirkens verschiedener Ereignisse, Konstellationen, Kräfte:

Es bedurfte

- des KSZE-Prozesses, also der Überwindung des Kalten Krieges durch die westliche Entspannungspolitik;
- der russischen Dissidenten von Sacharow bis Solschenizyn;
- des Vorbilds der tschechischen Charta 77 (mit meinem „politischen Heiligen“ Vaclav Havel, dessen Buch „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ die wichtigste politische Lektüre meiner DDR-Existenz war);
- des polnischen Papstes Karol Wojtyla (und seines Besuchs 1979 in Warschau);
- der Kraft und der Ausdauer und des disziplinierten Mutes der polnischen Oppositionsbewegung „Solidarnosc“ – bis zu ihrer grandiosen Erfindung des Runden Tisches (und „Solidarnosc“ hätte es eben auch nicht ohne die Katholische Kirche gegeben);
- der Intelligenz der ungarischen Reformkommunisten (die die Grenze öffneten);
- der Perestroika-Politik Gorbatschows (der – Gott sei Dank – die in der DDR stationierte Rote Armee nicht gegen die ostdeutschen Demonstranten in Einsatz brachte);
- des ökonomischen wie moralischen Desasters der SED- Politik (die auf der ganzen Linie gescheitert war);
- der (ich habe gerade darüber gesprochen) Zivilcourage der Oppositionsgruppen, der Desillusionierung der DDR-Bürger, der Überwindung unserer Angst;
- schließlich auch der Handlungsfähigkeit westlicher Politiker (von Helmut Kohl bis George Bush sen.).

Erst im Zusammentreffen dieser Voraussetzungen wurde sichtbar und wirksam, dass

die Raison d'être der DDR verbraucht und zerstört war. Die DDR hatte ja nie eine eigene nationale Identität, sondern nur einen einerseits sicherheits- und machtpolitischen Existenzgrund als Westposten des sowjetischen Imperiums und andererseits eine immer prekäre, immer labile ideologische Identität, zunächst aus Antifaschismus gespeist, dann aus marxistisch-leninistischer Ideologie.

Was uns, die DDR-Bürger, vor zwei Jahrzehnten beflügelt hat, das war der millionenfach erlebte Ausbruch an Mut und Zivilcourage, an Phantasie, Kreativität und Witz. Dieser Zugewinn an Selbstvertrauen setzte ungekannte Energien frei und befähigte uns, die zu regelnden gesellschaftlichen und politischen Dinge in die eigenen Hände zu nehmen. Die bis dahin weitgehend atomisierte Zivilgesellschaft organisierte sich: Neue Initiativgruppen und Bündnisse übernahmen die politische Verantwortung in den Gemeinden, in den Städten, im Staat. Und die alten Machthaber verloren nach und nach ihre Ämter. Überall entstanden in dieser „revolutionären Phase“ Runde Tische zur Regelung der dringendsten Fragen – unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen.

Ich selbst engagierte mich 1989 beim Neuen Forum und trat dann im Januar 1990 der von Bürgerrechtlern neu gegründeten Partei SPD-Ost bei. Schon wenige Monate später wurde ich zum Vorsitzenden dieser Partei gewählt: Auf so atemberaubende Weise werden Biographien in revolutionären Zeiten beschleunigt!

Ihre auch formell demokratische Legitimation erhielten die Forderungen der Demonstranten vom Herbst 1989 am 18. März 1990 – dem Tag der ersten freien Parlamentswahl in Ostdeutschland. An diesem Tag machten die mündig gewordenen Bürgerinnen und Bürger der DDR eine ganz neue Erfahrung – ihr Kreuz auf einem Wahlschein war wirklich etwas wert: Sie wählten die zehnte und zugleich letzte Volkskammer – und das war eine, die diesen verpflichtenden Namen auch verdiente. Nach knapp sechs Jahrzehnten und zwei Diktaturen konnten die Ostdeutschen erstmals in einem demokratischen Verfahren auf die politische Gestaltung ihres Landes Einfluss nehmen. Wofür sie sich entschieden, ist bekannt: für die parlamentarische Demokratie und für die deutsche Einheit. (Mein Vater hat in seinem ganzen Leben kein einziges Mal an einer freien Wahl teilnehmen können!)

Meine Damen und Herren,

die Wahl vom 18. März 1990 markierte einen wichtigen Wendepunkt: Sie beendete die revolutionäre Phase und eröffnete die parlamentarische. Aus Basisgruppen und Bewegungen waren Parteien geworden. Aus einfachen Bürgerinnen und Bürgern, die eben noch „Erstwähler“ waren, wurden Abgeordnete, Staatssekretäre, Minister. Ich hätte mir in früheren Jahren nicht vorstellen können, jemals selbst in ein demokratisches Parlament einziehen zu

können.

Der Souverän hatte dem Parlament einen klaren Auftrag erteilt: die Herstellung der deutschen Einheit. An neuen realsozialistischen politischen Experimenten war die Mehrheit des Volkes nicht interessiert. Zu beantworten war die Frage, auf welchem Weg dieser Wählerauftrag umsetzbar ist, nach Artikel 23 oder nach Artikel 146 des Grundgesetzes. Die ausgehandelte Formel lautete: zügiger Beitritt, aber zuvor Verhandlungen. Dies war dann in der Tat der einzig realistische Weg einer schnellen Überwindung der deutschen Teilung.

Nur sechs Monate hatte die Volkskammer Zeit, die staatliche Einheit in Selbstbestimmung und in Anerkennung ihrer historischen Verantwortung zu vollenden. Der Regelungsbedarf war gewaltig. Zu den politisch schwierigsten und hochkomplexen Gestaltungsfeldern zählten die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die Rechtsangleichung, das Stasi-Unterlagengesetz, also die Frage: Wie gehen wir mit der Hinterlassenschaft des DDR-Geheimdienstes um? Machen wir die Akten den Opfern zugänglich oder nicht?

Der Beitrittsbeschluss erging erst nach Abschluss des Einigungsvertrages und der Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen. Das Parlament wollte einvernehmlich mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges (Sowjetunion, USA, Frankreich, England) und den Nachbarn in die Einheit gehen. Dieser Maßstab wurde umgesetzt!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

manche kritisieren heute, der Beitritt sei keine Vereinigung gleichberechtigter Partner gewesen. Gewiss, es war keine Vereinigung von Gleichen: Die Wirtschaft der DDR lag 1990 bereits am Boden und drohte in den folgenden Monaten vollständig zusammenzubrechen. Unübersehbar war auch der politische Wille einer breiten Mehrheit der Bevölkerung in der DDR zu einer raschen Vereinigung. Und nicht zuletzt konnte damals niemand vorhersehen, wie lange die außenpolitische, die internationale Lage eine Vereinigung erlauben würde. (Der Putsch gegen Gorbatschow im August 1991 hat im Nachhinein jene bestätigt, die fürchteten, die internationale Zustimmung für eine Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten würde eventuell nur während eines kurzen Zeitfensters bestehen.)

Natürlich hat es in diesen Monaten Fehler, Versäumnisse, Überforderungen gegeben. Wie sollte es auch anders sein?! Es gab ja kein Lehrbuch, in dem beschrieben steht, wie ein demokratisches Parlament sich selbst überflüssig macht, sich selbst und zugleich seinen Staat abschafft – und das auch noch zu akzeptablen Bedingungen.

Trotz der Kürze ihres Mandates hat die frei gewählte Volkskammer des Jahres 1990 ein

bedeutendes Kapitel in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus geschrieben. Sie war mehr als nur ein Lückenfüller zwischen Diktatur und Demokratie. Dieses Parlament zählt zu den Leistungen, auf die die Ostdeutschen im Rückblick auf die friedliche Revolution 1989/90 stolz sein können. Für mich jedenfalls gehören die Monate von März bis September 1990 zu den aufregendsten meines Lebens – und ich bin auch heute noch, zwanzig Jahre später, ein wenig stolz auf diese Zeit.

Meine Damen und Herren,

der deutsche Vereinigungsprozess im Jahre 1990 wurde in einer für das In- und Ausland atemberaubenden Geschwindigkeit vorangetrieben und von Anfang an in europäischer Perspektive gedacht und gestaltet. Die Deutsche Einheit, so hieß es in der Präambel des Einigungsvertrages, werde vollendet im Bestreben, (Zitat) „einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Ausbau einer europäischen Friedensordnung zu leisten, in der Grenzen nicht mehr trennen und die allen europäischen Völkern ein vertrauensvolles Zusammenleben gewährleistet“. Mit anderen Worten: Deutsche Einheit und europäischer Integrationsprozess – das waren und sind zwei Seiten einer Medaille.

Meine Damen und Herren,

entgegen früheren Vorstellungen oder Hoffnungen mussten wir inzwischen einsehen, dass die von der Verfassung (§ 72 des Grundgesetzes, also der deutschen Verfassung) vorgeschriebene „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ in Ost und West sehr viel mehr Kraft, Ausdauer und Zeit erfordert, als wir es uns 1990 erhofft oder manchmal auch eingeredet haben oder manche gar etwas leichtsinnig und vollmundig versprochen haben.

Nach 1990 erlebten die Ostdeutschen Jahre des dramatischen Umbruchs. Der dynamische wirtschaftliche Transformationsprozess, der Einbruch der Absatzmärkte für ostdeutsche Produkte, die problematische Handlungsweise der Treuhandanstalt (die die volkseigenen Betriebe privatisieren sollte), die Abwicklung tausender Betriebe, der Verlust hunderttausender Arbeitsplätze riefen bei vielen Menschen tiefe Verunsicherungen hervor. Als dann nach Mitte der 90er Jahre eine Phase der Stagnation begann und das zunächst schnelle Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft ins Stocken geriet, stand der Osten buchstäblich „auf der Kippe“.

Dank erheblicher politischer Kraftanstrengungen konnte die Gefahr überwunden werden. Im vergangenen Jahrzehnt ist ein stetiger, zuletzt aber deutlich verlangsamter Aufholprozess zu verzeichnen.

Die volkswirtschaftlichen Kennzahlen machen deutlich, welche beachtlichen Fortschritte seit

der Deutschen Einheit erzielt wurden: Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner lag im Jahr 1991 in den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) bei einem Drittel des westdeutschen Niveaus. Bis zum Jahr 2009 war dieser Wert auf 73 % gestiegen. Ähnliches gilt für die Produktivität. Sie lag unmittelbar vor der Deutschen Einheit bei etwa 25 % des Westniveaus. Im Jahr 2009 waren es ca. 75 %! (Bei beiden Maßstäben stagniert die Angleichung!)

Diese Zahlen belegen durchaus, dass dank erheblicher gesamtdeutscher Anstrengungen in den vergangenen 20 Jahren viel erreicht worden ist. Außerordentliche Erfolge gibt es bei der Sanierung der einst vom Zerfall bedrohten ostdeutschen Städte (Görlitz, Leipzig, Rostock, Berlin), bei der Modernisierung des Kommunikationsnetzes und der Verkehrsinfrastruktur, im Gesundheitswesen und bei der Beseitigung der immensen ökologischen Altlasten. Hier ist sehr vieles wahrnehmbar anders, besser, lebenswerter geworden!

Die ostdeutsche Wirtschaft hat einen immensen Aufhol- und Modernisierungsprozess zurückgelegt, was sich zum Beispiel am Wachstum im Exportbereich ablesen lässt. Im Jahr 2008 lag der Exportanteil mit 20% zwar noch immer deutlich unter den 34,5% in Westdeutschland, doch der Abstand schrumpft. Die Ausfuhren nahmen im Osten allein zwischen 2002 und 2008 um knapp 130 % zu, während der Zuwachs im Westen bei rund 60 % lag. Ein besonders augenfälliges Beispiel für den Angleichungsprozess zeigt sich bei der Zahl der Selbstständigen: Bereits 2007 war der Anteil der Selbstständigen im Osten genau so hoch wie im Westen. Bemerkenswert ist auch das Wachstum im verarbeitenden Gewerbe: Allein seit dem Jahr 2000 wuchs die industrielle Wertschöpfung in Ostdeutschland um 55 % (ohne Berlin sogar 64 %). Allerdings sind die Betriebe kleiner, haben weniger Beschäftigte.

Als heilsam erwiesen sich die Korrekturen in der politischen Steuerung und Förderung des Aufbaus Ost. Statt die öffentlichen Gelder weiter nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen, werden sie inzwischen zur Entwicklung von Wachstumskernen und „Leuchtturm“-Regionen ausgegeben, die ein sehr kenntliches wirtschaftliches Potential aufweisen. Diese leistungsfähigen Zentren mit zukunftssträchtigen Industrien sind heute Ausgangspunkte für das wirtschaftliche Erstarken von Regionen. Dort kommen die Lebensverhältnisse jenen in den alten Ländern sehr nahe.

Ostdeutschland verfügt mittlerweile in verschiedenen Branchen über industrielle Kerne und Zukunftsregionen: in den Energie- und Umwelttechnologien, in der Informations- und Kommunikationstechnologie, in der Nanotechnologie und bei den Neuen Werkstoffen, in der Biotechnologie, der Gesundheitsforschung und der Medizintechnik sowie in der Optotronik usw. usf.

Insbesondere die Branche „Erneuerbare Energien“ hat sich zu einem regelrechten

Beschäftigungsmotor entwickelt. In der Solarindustrie beispielsweise forschen und produzieren Unternehmen in Ostdeutschland entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Weltweit stammt mittlerweile, so habe ich gelesen, jede sechste Solarzelle aus den neuen Bundesländern. Ostdeutschland ist zu einem international bedeutenden Standort der Solartechnik geworden.

Ich schildere einen besonders positiven Fall: Beispielhaft ist das im früheren ostdeutschen Chemiedreieck ansässige Unternehmen Q-Cells (sprich: Kju-sells) in Thalheim, das sich auf die Entwicklung, Herstellung und Vermarktung von Solarzellen spezialisiert hat. Als das Unternehmen 2001 die Produktion aufnahm, beschäftigte es 19 Mitarbeiter, der Umsatz 2002 betrug 17 Mio. Euro. Im Jahr 2008 beschäftigte Q-Cells bereits 2.500 Mitarbeiter und erwirtschaftete einen Umsatz von 1,3 Milliarden Euro! Der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens, sein Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften, die bestehenden Kooperationen und Verflechtungen mit mittelständischen Zulieferern, mit Ausbildungsträgern, mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen – all dies strahlt positiv auf die gesamte Region aus. Daraus entsteht so etwas wie eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung. Aus dem ehemaligen umweltschädlichen Chemiedreieck wurde so mittlerweile das „Solar Valley“. Das ist Zukunft Ost!

Meine Damen und Herren,

eine der Ursachen für die trotz allem noch immer zurückliegende wirtschaftliche Leistungskraft in Ostdeutschland ist die relativ geringe Zahl traditioneller großer und kapitalkräftiger Unternehmen. Die Privatisierung der DDR-Staatsbetriebe und Neugründungen führten dazu, dass die Industriebetriebe im Osten heute überwiegend auswärtigen Eigentümern gehören; die Wirtschaft im Osten ist also weitgehend eine „Filialwirtschaft“. Ein Viertel der ostdeutschen Produktion wird mit öffentlichen Transfers gestützt. Seit 1991 sind rund 1.000 Mrd. Euro netto öffentliche finanzielle Mittel in die ostdeutsche Wirtschaft geflossen (in den Ausbau der Infrastruktur, in die sozialen Sicherungssysteme, in die Unternehmen). Die Fachleute sprechen hier von „Transferökonomie“.

Damit einhergehend fehlt es an privatwirtschaftlicher industrieller Forschung. Die öffentlich finanzierte Forschungsinfrastruktur (also Universitäten und Hochschulen) hat sich deutlich verbessert. Aber

nur 5 % der privaten Investitionen für Forschung und Entwicklung werden in Ostdeutschland getätigt. Umso wichtiger für eine prosperierende ostdeutsche Wirtschaft ist daher die Entwicklung und Ansiedlung von Zukunftsbranchen. Hier werden – wie etwa im Falle der Solarindustrie – neue, originäre industrielle Forschungs- und Produktionskapazitäten aufgebaut. Auch hier gilt: Bildung und Forschung sind der Schlüssel für die Zukunft!

Die gerade beschlossene Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland ist allerdings für den Osten in wirtschaftlicher Perspektive hochproblematisch. Ein – auch ökologisch notwendiger – industrieller Siegeszug der Erneuerbaren Energien wird damit behindert. Zu einem dauerhaft selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung zu gelangen, wird nun noch schwieriger.

Meine Damen und Herren,

bei allen positiven Entwicklungen in den letzten zwanzig Jahren, stehen wir weiterhin vor gewaltigen Herausforderungen. Die langfristigen Folgen der Arbeitslosigkeit, drohende Altersarmut, anhaltende Abwanderung, eine alternde Bevölkerung (mehr noch als im Westen) – das sind nur einige der Probleme, die uns beschäftigen.

Ein Ärgernis, das das ostdeutsche Gerechtigkeitsgefühl besonders berührt, sind die Löhne, die im Osten noch immer deutlich niedriger sind als im Westen. Eine Angleichung ist zwar in beträchtlichem Maß gelungen, aber eben noch nicht ganz. Heute verdienen Arbeitnehmer im Osten im Schnitt lediglich ca. 80 % des Westniveaus (1991 waren es ca. 50 %!). Nur nebenbei: Dort, wo Tariflöhne bezahlt werden, sind bereits über 90 % des Westniveaus erreicht!

Die größte Herausforderung ist noch immer die Arbeitslosigkeit, trotz mancher Verbesserungen: In nur drei Jahren des konjunkturellen Aufschwungs vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise – von 2005 bis 2008 – konnte sie beinahe halbiert werden. Die beiden Konjunkturpakete und nicht zuletzt die Kurzarbeitsregelung haben außerdem dafür gesorgt, dass viele Arbeitsplätze auch durch die Krise hindurch erhalten wurden, ja, die gesamtdeutsche Arbeitslosigkeit abnimmt.

Im November 2010 hatten wir in Ostdeutschland eine Arbeitslosenquote von 10,7 %, im Jahresdurchschnitt 2005 waren es noch über 20 %! Das ist ein guter Trend. Doch die Arbeitslosenquote im Osten ist im Durchschnitt noch immer fast doppelt so hoch wie im Westen (hier waren es im November 6,0 %). Die Frage der Teilhabe an Arbeit und die Frage nach den Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe bleiben ein entscheidendes Moment, nicht nur des ökonomischen, sondern auch des mentalen, sozialen, kulturellen Einigungsprozesses.

Es bleibt die zusammenfassende, nüchterne Feststellung: Der wirtschaftliche und soziale Wachstums-/Angleichungsprozess verlangsamt sich, der weitere Weg bleibt schwierig!

Meine Damen und Herren,



die Deutsche Einheit war von Anbeginn eine gesamtdeutsche Herausforderung – mit ganz praktischen Folgen. Und auch daran möchte ich im Jubiläumsjahr dankbar erinnern: Die Solidarität der Westdeutschen für die Beitrittsländer ist in der Geschichte ohne Vorbild! Ohne die Mittel aus dem Fonds Deutsche Einheit, aus dem Länderfinanzausgleich und aus dem Solidarpakt – ohne diese Mittel wäre das heute Erreichte nicht möglich geworden!

Als im Jahr 2004 der Solidarpakt I auslief, war es offensichtlich, dass die ostdeutschen Länder noch lange nicht auf eigenen Füßen stehen, die weitere ökonomische und soziale Entwicklung war unsicher. Deshalb beschlossen der Bund und die Länder die Fortführung des Solidarpaktes für die Jahre von 2005 bis 2019. Heute ist klar, dass die Entscheidung für den Solidarpakt II richtig war.

1990 sagte der in England lebende berühmte Soziologe Ralf Dahrendorf für den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau der postkommunistischen Länder folgenden Zeitbedarf voraus: Für die Einführung politischer Demokratie und rechtsstaatlicher Verhältnisse veranschlagte er sechs Monate, für den Übergang zur Marktwirtschaft sechs Jahre und für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft sechzig Jahre.

Nach dieser Prognose liegen wir durchaus im Zeitplan, einen langen Atem vorausgesetzt. Ostdeutschland hatte Dahrendorf allerdings nicht im Blick. Für uns galt eine privilegierte Sondersituation. Wir wurden sechs Monate nach den freien Wahlen politisch in die Bundesrepublik integriert. Wir absolvierten den ersten Schritt der Transformation zeitgerecht durch die Übernahme einer freiheitlichen und sozialen Rechtsordnung. Dazu kam ein relativ großes Maß an Stabilität. Die öffentlichen Aufgaben waren finanziell und die Menschen sozial abgesichert – jedenfalls kein Vergleich mit der Lage in den meisten jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas.

Man kann die letzten 20 Jahre, den Prozess der deutschen Vereinigung vernichtend, kritisch oder skeptisch beurteilen, man kann ihn aber auch nüchtern und mit Hoffnung und Dankbarkeit bewerten. Nur ein Beispiel: In den vergangenen 2 Jahrzehnten hatte Ostdeutschland einen Bevölkerungsverlust von 1,1 Millionen Menschen zu verkraften, das ist bitter: 2,7 Millionen sind in den Westen gezogen, aber immerhin 1,6 Millionen in umgekehrte Richtung. Da entsteht eine neue deutsche Mischung, auf die ich setze, mit der ich Hoffnungen verbinde. Schließlich haben wir nicht die Mauer vom Osten aus eingedrückt, um unter uns zu bleiben!

Ich bleibe dabei: Die deutsche Einheit ist ein historisches Glück: Wir leben wiedervereint in einem freien Land, in einem vereinten, friedlichen Kontinent, in Grenzen, zu denen alle unsere Nachbarn ja gesagt haben, gewissermaßen umzingelt von Freunden! Wann hat es

das in unserer Geschichte schon einmal gegeben! Das nenne ich großes historisches Glück! Wir haben also allen Anlass, dankbar und selbstbewusst auf das gemeinsam Erreichte zurückzublicken. Nach der großen Euphorie 1989/90 sind wir jetzt eine normale europäische Demokratie und haben es mit der Lösung ganz irdischer Alltagsprobleme zu tun: mit der Ausgestaltung unserer Freiheit und unserer Demokratie. Genau das habe ich mir vor 1989 immer gewünscht!

Gerne nutze ich die Gelegenheit, Ihnen, unseren japanischen Freunden, sehr herzlich zu danken für die spürbare Sympathie, mit der Sie die Entwicklungen im vereinigten Deutschland beobachtet und begleitet haben. Viele Japaner feierten mit uns das Jubiläum der deutschen Einheit – und dafür sind wir dankbar!

Ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!